

NACHRICHTEN

Wenn das eigene Leben zum Krimi wird

Gegen Ercan Özçelik liegt in der Türkei Haftbefehl vor. Der Tatort-Schauspieler weiß auch, wer ihn denunzierte

AfD-Chef Meuthen: »Flügel« hat keine Mehrheit in der Partei

Berlin. Der AfD-Chef Jörg Meuthen sieht seine Wahlniederlage im eigenen Kreisverband nicht als Hinweis auf eine bevorstehende Machtübernahme des rechtsnationalen »Flügels«. »Ich weiß, dass der Flügel in der Partei keine Mehrheit hat, und zwar bei Weitem nicht hat«, sagte Meuthen am Dienstag im Bayerischen Rundfunk. Er habe großen Rückhalt in der Partei, betonte der 58-Jährige, der auf dem Parteitag Ende des Jahres seine Wiederwahl als Parteivorsitzender anstrebt. Wenn der »Flügel« in Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt innerhalb der Partei auf vierzig Prozent komme, »dann heißt das, es sind sechzig Prozent nicht dabei.« Im Westen habe das Lager um den Thüringer Landeschef Björn Höcke keine Mehrheit. AfD-Bundeschef Meuthen wurde am Sonntag in seinem Kreisverband Ortenau nicht zum Delegierten für den nächsten Bundesparteitag gewählt. »Das lässt mich relativ gelassen«, sagte Meuthen. »Hier ist es jetzt so, dass in diesem Kreisverband in der Tat einige problematische Charaktere sind. Es geht um vier Delegiertenstimmen, die haben im Kern sich selbst gewählt.« Als Co-Vorsitzender der AfD darf Meuthen zwar trotzdem am Parteitag teilnehmen und dort auch sprechen. Er darf aber den neuen Bundesvorstand nicht wählen. *AFP/nd*

Bekanntnis zu deutscher Schuld in Namibia

Windhuk. Bundesratspräsident Daniel Günther (CDU) hat am Dienstag in Namibia an Verbrennen deutscher Truppen in der damaligen deutschen Kolonie Südwestafrika erinnert. »Die Schrecken, die Deutsche Anfang des 20. Jahrhunderts an den Menschen dieses Landes, insbesondere an den Herero und Nama verübt haben, bleiben unvergessen«, sagte Schleswig-Holsteins Ministerpräsident laut Kieler Staatskanzlei am Dienstag in Windhuk. Günther sprach im Nationalrat, dem Oberhaus des namibischen Parlaments. Das Deutsche Reich war von 1884 bis 1915 Kolonialmacht im heutigen Namibia. Die Herero verlangen vom Bundestag eine Entschuldigung für die Verbrechen und wie die Nama finanzielle Wiedergutmachung. Günther sagte vor Journalisten, die Bundesregierung bemühe sich um ein gemeinsames Vorgehen in der Aufarbeitung der Geschichte. *dpa/nd*

Bischöfin wirbt für Klimaschutz

Frankfurt am Main. In der Diskussion über Klimaflüchtlinge in Deutschland hat die Auslandsbischöfin der Evangelischen Kirche in Deutschland, Petra Bosse-Huber, die Politik zum Handeln aufgefordert. »Klimaschutz schützt auch die Lebensgrundlage von Menschen«, sagte sie am Dienstag. Es brauche eine völkerrechtliche Anerkennung von Klimaflüchtlingen. Der Klimawandel sei bereits heute eine der wichtigsten Fluchtursachen. »Und absehbar könnte der Klimawandel sogar zum weltweiten Hauptfluchtgrund werden.« Vor allem in Ländern im globalen Süden, die nur sehr unwesentlich zum Klimawandel beigetragen hätten, seien die Probleme akut. »Menschen verlieren buchstäblich den Boden unter den Füßen, wo Küsten erodieren und Inseln vom steigenden Meeresspiegel überflutet werden. Wo Menschen ihre Lebensgrundlage durch Dürren, Überschwemmungen und andere Folgen des Klimawandels verlieren, müssten sie woanders eine Zukunft suchen.« *epd/nd*

Im »Tatort« löst er als Kommissar spielerisch Kriminalfälle. Nun läuft im echten Leben ein Haftbefehl gegen den deutsch-türkischen Schauspieler Ercan Özçelik. Wem er das zu verdanken hat, weiß er längst.

Von Flo Osrainik

Den Mund will er sich nicht verbieten lassen. So viel steht fest für Ercan Özçelik, bekannt aus einigen Folgen als »Tatort«-Kommissar Bülent İsi sowie aus diversen Fernseh- und Kinofilmen. Gegen ihn liegt ein Haftbefehl in der Türkei vor.

Eigentlich hatte der Deutsch-Türke sich nur erkundigen wollen, warum seine blaue Karte, die sogenannte Mavi Kart für ehemalige türkische Staatsbürger, nicht mehr gültig sei. Daraufhin teilte man ihm im türkischen Konsulat in Berlin mit, dass er gesucht wird. Özçelik solle zur Klärung der Sache doch demnächst in die Türkei reisen, so die magere Auskunft einer Dame im Konsulat. Mehr verriet man ihm nicht.

Von einem Anwalt aus der Türkei erfuhr er später, dass ihn die türkische Justiz wegen angeblicher »Propaganda für eine Terrororganisation« suchte. Außerdem müsse er sich für diesen Fall einen anderen Anwalt nehmen. Der in Berlin lebende Schauspieler wusste nicht, wie es zu dem Vorwurf gegen ihn gekommen war, da er »weder Mitglied irgendeiner Organisation« sei, noch jemals für »eine Terrororganisation Werbung« gemacht habe. Also, sagt Özçelik, »habe ich mich an Politiker gewendet«, denn solange die Sache ungeklärt ist, wolle er aus Furcht vor einem Zugriff nicht in die Türkei. Die Reise zur Beerdigung seiner Mutter in Istanbul trat er nicht an.

Özçelik versuchte, Kontakt mit Cem Özdemir von den Grünen und mit mehreren SPD-Politikern aufzunehmen, »darunter auch das Büro des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier«. Er schrieb auch mehrere EU-Abgeordnete an. Vergeblich. Es kam in der Folge lediglich zu einem einzigen Treffen mit einer Bundestagsabgeordneten von der Linkspartei in Berlin.

Warum sich aus der Politik kaum jemand für seinen Fall interessiert, man aber doch so gerne moralische Appelle in Richtung AKP-Regierung loslässt, kann sich der Schauspieler nicht so recht erklären. Vielleicht liege es einfach nur daran, dass er nicht in die Falle getappt sei, sich in der Türkei verhaften zu lassen. Womöglich möchte man auch die türkische Regierung, etwa wegen diverser Rüstungsgeschäfte, nicht weiter verärgern, vermutet Özçelik als einen Hintergrund.

Erst nachdem er sich einen neuen Anwalt in der Türkei genommen hatte – einen ehemaligen Abgeordneten



Der »Tatort«-Schauspieler Ercan Özçelik muss sich mit absurden Vorwürfen herumschlagen.

Foto: Screen Actors/Christian Mihaila

der Oppositionspartei CHP, Hüseyin Aygün – erfuhr er, wie der Haftbefehl gegen ihn zustande kam.

Bei einem Schauspielworkshop, den Özçelik 2016 in Istanbul leitete, fiel ihm ein Teilnehmer auf. Der interessierte sich weniger für Schauspielerei, sondern protestierte hauptsächlich gegen die Einladung eines Gastdozenten – wegen dessen »prokurdischer« Haltung. Dieser Dozent war İlyas Salman, ein bekannter türkischer Schauspieler, Regisseur und Autor. Der Teilnehmer, den Özçelik als »jüngeren Türken« beschreibt, habe ihn dann während des Putschversuchs in der Türkei vom 15. Juli 2016 über die Chat-Gruppe des Workshops angeschrieben. Wegen der Ereignisse an diesem Tag kam es

zu einem politischen Disput zwischen den beiden.

In dem privaten Chat habe er nur seine »ablehnende Meinung« über die

Die Menschen sollen sich nicht länger durch Denunziation verunsichern lassen. Sie sollen ihre Meinung ohne Angst äußern.

religiös-nationalistische AKP-Regierung zum Ausdruck gebracht: Diese habe einen Putsch verdient für die Verfolgung und Inhaftierung von Op-

positionellen, Journalisten oder Kritikern, die bloß ihre Arbeit machen oder ihre Bürgerrechte wahrnehmen, fasst Özçelik seine Aussage zusammen. Diese habe dem Teilnehmer nicht gepasst, der während des Putschs auf den Straßen Istanbul unterwegs gewesen sei und bekennender AKP-Anhänger ist. Ein paar Monate später zeigte er Özçelik an. Dafür legte er das Streitgespräch aus der Chat-Gruppe sowie Äußerungen seines Workshop-Leiters auf Facebook vor. Der Schauspieler, der 1966 in Ordu am Schwarzen Meer geboren wurde, mit sechs nach Deutschland gekommen war und Alevit ist, geht davon aus, dass der Mann ein AKP-Spion war. Aleviten stehen in der Türkei ohnehin unter Generalverdacht.

Der gegen ihn ausgestellte Haftbefehl der Oberstaatsanwaltschaft Istanbul stammt vom Januar 2017. Seit der Schauspieler davon weiß, vermeidet er zwar Reisen in die Türkei, nicht aber Kritik an der Regierung von Recep Tayyip Erdoğan. Für den 18. Juli 2019 ist er zu einer Anhörung in Istanbul geladen. Dazu wird er nicht erscheinen, obwohl sein Anwalt in Ankara nicht von einer Verhaftung ausgeht. »Wenn Sie kommen, könnten Sie aussagen und wieder gehen. Ich glaube nicht, dass man Sie verhaftet. Ich würde gerne wissen, wie Sie darüber denken«, schrieb ihm Aygün ihm vor wenigen Tagen per Mail. Özçelik traut den, wie er sie nennt »gleichgeschalteten Gerichten« in der Türkei jedoch nicht mehr. Er persönlich geht sehr wohl davon aus, dass man ihn zunächst einsperren würde – wie so viele andere zuvor.

Jenseits des Haftbefehls aus der Türkei will Anwalt Aygün unbedingt etwas über das »Thema Interpol« erfahren. Özçelik befürchtet nämlich, dass auch ein internationaler Haftbefehl gegen ihn vorliegen könnte. Von den türkischen Behörden hat er dazu bisher aber keine weiteren Informationen erhalten.

Özçelik möchte seine Meinung »gegenüber dem AKP-Regime jetzt erst recht« kritisch äußern und die demokratischen Oppositionsparteien unterstützen. Die Menschen sollen sich nicht länger durch Denunziation verunsichern lassen. Sie sollen ihre Meinung über die politische Situation in der Türkei ohne Angst vor Repressionen äußern. Und wenn es bloß ein Beitrag in den sozialen Medien ist.

Von der deutschen Politik und den Medien fordert Özçelik mehr Unterstützung, nicht nur für sich, dafür müsse er ja nicht erst verhaftet werden, sondern insgesamt für den Erhalt der Bürgerrechte in der Türkei.

Trotz des jüngsten Sieges des oppositionellen CHP-Politikers Ekrem İmamoğlu bei der Bürgermeisterwahl in Istanbul bleibt der Berliner skeptisch. Selbst wenn die AKP durch angekündigte Parteineugründungen einiger AKP-Politiker geschwächt werden könnte, wäre »das Ein-Mann-System« ja »nicht passé«, da Erdoğan und seine »hinterherdackelnden Hampelmänner« blockieren würden, wo sie nur können. Auch in Istanbul. In wichtigen Positionen, ob als Richter, bei der Polizei oder im Militär seien überall »AKP-Mitglieder am Werk«. Letztlich sei es aber nur eine Frage der Zeit, bis auch diese »gefügigen Figuren umfallen«, wenn das Volk nur weiter aufbegehre. Erdoğan sei dagegen »verbodt und vernarrt in sein einsames System«, analysiert Özçelik. Wie die Türkei sich weiterentwickle, müsse man eben abwarten. Gleiches gilt für seinen Haftbefehl. Es ist völlig ungewiss, wie es damit weitergehen wird.

Linke mobilisieren für Blockaden von Nazi-Demos

Am Samstag wollen die »Identitäre Bewegung« in Halle und die Partei »Die Rechte« in Kassel aufmarschieren

Am Tag des Stauffenberg-Attentats planen Neonazis in Halle und Kassel provokante Demos. In beiden Städten formiert sich Widerstand.

Von Sebastian Bähr

Antifaschisten steht ein ereignisreiches Wochenende bevor. In Halle will am Samstag die »Identitäre Bewegung« (IB) demonstrieren, in Kassel die Kleinstpartei »Die Rechte«. In beiden Fällen wollen Antifaschisten die Aufmärsche nicht hinnehmen und haben Blockaden angekündigt.

Die völkische Demonstration in Halle soll unter dem Motto »Europa verteidigen – Es bleibt unsere Heimat« stattfinden, Startpunkt ist der Hauptbahnhof. Nach dem Aufmarsch ist ein »Straßenfest« vor dem

IB-Zentrum »Flamberg« geplant. Das Hausprojekt in der Adam-Kuckhoff-Straße besteht seit 2017 und soll der Präsenz, Schulung und Vernetzung von rechten Kadern dienen. Aufgrund antifaschistischer Proteste wie von der Initiative »Kick them out!« (Schmeiß sie raus) gilt es jedoch als geschwächt. Selbst der ehemalige Hausverwalter und AfD-Politiker Andreas Lichtert sagte im April gegenüber Medien: »Einen Kontaktpunkt für Leute außerhalb unserer Kernklientel zu schaffen, ist nicht geglückt.«

Dennoch weist die antifaschistische Kampagne »Nice to beat you« (Nett, dich zu schlagen) darauf hin: »Fakt ist jedoch, dass Halle nach wie vor ein wichtiger Vernetzungspunkt für die Neue Rechte darstellt.« Die guten Beziehungen der »Identitären« zur

neurechten Denkfabrik »Institut für Staatspolitik« in Schnellroda, die lokale Zustimmung zur AfD oder eigene Immobilien machten Halle nach wie vor zum »attraktiven Standort« für Rechte. Daher müsse man den »Identitären« am 20. Juli ein »Desaster« bereiten, fordert die Kampagne.

Möglichkeiten dazu gibt es viele: Das Bündnis »Halle gegen Rechts« hat für Samstag zu breitem Protest aufgerufen. Um 10 Uhr sollen eine Gegendemonstration vom Steintor und eine andere vom Rannischen Platz starten, um 12 Uhr eine weitere am Universitätsplatz. Dazu soll es ab 10.30 Uhr eine Fahrraddemo auf dem August-Bebel-Platz geben; die Stadt und die Martin-Luther-Universität Halle veranstalten ein Bürgerfest auf dem Steintor-Campus. Die Kampagne

»Nice to beat you« fordert zu dezentralen Aktionen mit »allen Mitteln« auf.

In Kassel plant derweil die neonazistische Kleinstpartei »Die Rechte« für Samstag eine als »nationale Gegenoffensive« deklarierte Demonstration. Der unter dem Motto »Gegen Pressehetze, Verleumdung und Maulkorbphantasien« angekündigte Aufmarsch soll am Hauptbahnhof beginnen und am Regierungspräsidium vorbeiziehen – dem Arbeitsplatz des jüngst mutmaßlich von dem Neonazi Stephan E. ermordeten CDU-Politikers Walter Lübcke. Anmelder ist der Neonazi Christian Worch. Laut Polizei stelle man sich auf rund 400 bis 500 Teilnehmer ein. Die Stadt versucht den Aufmarsch noch zu verbieten – ob sie damit erfolgreich sein wird, ist bisher unklar.

Das Kasseler »Bündnis gegen Rechts« hat ebenfalls zu breiten Protesten aufgerufen. Bisher gebe es elf Anmeldungen für Veranstaltungen im gesamten Stadtgebiet, teilte die Polizei mit. Am Haus der Sozialwirtschaft soll es ein Straßenfest geben.

Antifaschisten fordern unter dem Motto »Gemeinsam Die Rechte blockieren« zum Verhindern des Aufmarschs auf. »Bestätigt durch die rechte Formierung trauen sich Neonazis wieder offener zu agieren und immer provokanter aufzutreten«, heißt es in einem Aufruf. Es sei klar, dass offene Neonazis an diesem Tag nach den Morden an dem NSU-Opfer Halit Yozgat und Walter Lübcke nicht in Kassel laufen dürften. Die Antifaschisten stellen klar: »Wir lassen die Provokation nicht unbeantwortet.«